



«Ich freue mich darauf, aktiv im Vorstand der CVP-Frauen Kanton Zürich als Co-Präsidentin mitzuwirken.»

Geschätzte Leserinnen und Leser
Liebe CVP Frauen

Herzlichen Dank allen, die mir durch ihre Stimme an der vergangenen GV das Vertrauen geschenkt haben. Ich freue mich darauf, aktiv im Vorstand der CVP-Frauen Kanton Zürich als Co-Präsidentin mitzuwirken. Spannende politische Diskussionen, neue Begegnungen und interessante Anlässe werden mich erwarten. Das Wahljahr 2015 hat bereits begonnen, die Listen werden erstellt. Auch darauf darf man gespannt sein.

Gerne möchte ich mich Ihnen kurz vorstellen: Geboren bin ich am 4.11.1965 in Zürich, aufgewachsen in Zumikon und seit 12 Jahren wohne ich in Rüti. Ich bin verheiratet, wir haben drei Kinder (13J, 24J und 26J).

Teilzeitlich arbeite ich als Katechetin und im Kundendienst der Werbe-produktionsfirma meines Ehemannes. In Rüti engagiere ich mich in der Schulpflege, sechs Jahre führte ich das Primarschulpräsidium. Während dieser Zeit habe ich Jeanette Vogt und die vielen CVP aktiven Frauen kennengelernt.

Sehr motiviert dazu in die Politik einzusteigen, haben mich zwei starke Frauen der ersten Stunde in diesem Land. Ich durfte mitfeiern am Dorffest in Zumikon, als Elisabeth Kopp zur ersten Bundesrätin gewählt wurde. Und in meiner Nachbarschaft wohnt Rosmarie Zapfl, Präsidentin der Alliance f. und allen bekannte alt Nationalrätin der CVP.

Engagierte, mutige Frauen wie diese, die mit Hingabe politisieren und die unbeirrbar ihren Weg gehen beeindruckten mich sehr. Sie motivieren mich, nicht auf den Errungenschaften von frauenpolitischen Anliegen zu verhaften, sondern mitzuhelfen, weitere zu erreichen.

Freuen wir uns auch auf die aktiven und engagierten Frauen unserer Zeit. An aller vorderster Front steht hier im Moment unsere Regierungsratskandidatin Silvia Steiner. Anlässlich unserer GV im Oktober konnten wir uns ein weiteres Mal überzeugen, dass mit ihr eine kompetente und ehrliche Politikerin für dieses Amt zur Verfügung steht, die unsere volle Unterstützung verdient. Damit sie diese Wahl aber gewinnen kann, braucht es uns alle. Wir würden uns darum sehr freuen, wenn Sie mittels der beigelegten Unterlagen, Mitglied im überparteilichen Frauenkomitee für Silvia Steiner werden!

Der politische Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe des FrauAktiv liegt in der Bildungsvorlage vom November. Mit Corinne Thomet und Johannes Zollinger kreuzen hier zwei absolute Fachleute die Klingel.

Viel Spass bei der Lektüre und wohlige Novemberabende wünscht Ihnen herzlichst Ihre

Karin Geser

Kleinere Klassen für eine grosse Zukunft



Die Ansprüche der Gesellschaft an die Schulen sind gestiegen. Unterrichten und Klassenführung erfordern einen deutlich höheren zeitlichen Aufwand für die einzelnen Schülerinnen und Schüler. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Zurzeit gilt für die obere Klassengrösse eine Richtzahl von 25 Schülerinnen und Schüler. Entlastende Massnahmen sind laut kantonalen Vorgaben erst ab 29 Schülerinnen und Schülern vorgesehen. Der verbindliche Richtwert ist zu hoch und muss durch eine verbindliche Obergrenze ersetzt werden.

Dafür gibt es gewichtige Gründe: Individualisierendes Lernen, weitgehende Aufhebung der Sonderklassen und Schulung aller Schulkinder in Regelklassen, Teamteaching im Klassenzimmer und kommunikativer Fremdsprachenunterricht erfordern einen höheren zeitlichen Aufwand für die einzelnen Schülerinnen und Schüler. Zudem kommen in überfüllten Klassenzimmern moderne Unterrichtsformen nur sehr eingeschränkt oder gar nicht zur Anwendung. Das hat Konsequenzen. Ausbildungsverantwortliche in den Unternehmen beklagen sich, dass den Schulabsolventinnen und -absolventen teilweise elementare Fähigkeiten fehlen. Dies darf nicht sein. Deshalb sollen Lehrpersonen in kleineren Klassen genügend Ressourcen haben, um auf die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler eingehen zu können.

Nach einer langen, intensiven und konstruktiven Suche nach Entlastungsmöglichkeiten für den Schulalltag im Projekt «Be-/Entlastung» muss man leider ernüchtert feststellen, dass wenig Substantielles erreicht wurde. Die Anspruchshaltung der Gesellschaft an die Schule wächst ungebremst weiter. Im Kantonsrat wurde kürzlich das Wunschdenken der Lehrpersonen

kritisiert. Dass auch die Politiken Wunsch Katalog an die Schule munter weiter verlängert, war kein Thema.

Der Wunschzettel ist nicht das Problem. Die Schule hat in den letzten Jahren bewiesen, dass sie sehr flexibel ist. Aber dass sie das alles kostenneutral bewältigen soll, ist absurd. Mit ihrer gebetsmühlenartig wiederholten Forderung nach Kostenneutralität beweist die Politik erschreckend deutlich ihre Inkompetenz. Niemand fordert den kostenneutralen Ausbau des OeV, Fortschritte im Gesundheitswesen sind nicht kostenneutral, Umweltschutz und Energiewende bekommen wir auch nicht zum Nulltarif. Nur die Schule soll es ohne zusätzliche Ressourcen richten.

Um den Qualitätsanforderungen an unsere Volksschule gerecht zu werden, braucht es eine Reduktion der oberen Klassengrösse auf maximal 20 Schülerinnen und Schüler. Die EVP steht hinter der integrativen Schule. Bei Schülerzahlen über 20 droht die schulische Integration aber zu scheitern. Bei zu grossen Klassen ist auf der Beziehungsebene die Zeit für das einzelne Kind zu knapp bemessen. Dabei sind es in erster Linie die Klassenlehrpersonen, welche diese Betreuungsaufgabe leisten müssen. Wo diese Beziehungsarbeit nicht geleistet werden kann, machen sich verhaltensauffällige Schüler rasch bemerkbar und lassen ganze Klassen aus dem Ruder laufen.

Bisher haben Kanton und Gemeinden sehr viel Geld in neue Bildungsstrukturen und pädagogische Konzepte investiert. Mit klei-

neren Klassen wird das gesamte Schulfeld mit einem vertretbaren finanziellen Aufwand wirksam entlastet, die Schulqualität gefördert und die individuelle Förderung der Kinder verbessert.

Es ist Zeit für Massnahmen, die allen Beteiligten im Schulfeld einen messbaren Mehrwert bringen. Unsere Kinder sind es uns wert. Unterstützen Sie die Volksinitiative.

*Johannes Zollinger,
Kantonsrat, Stadtrat,
Schulpräsident Wädenswil*



CVP Kanton Zürich unterstützt den Gegenvorschlag zur «Klassengrösseninitiative»



Die CVP lehnt die kantonale Volksinitiative «Mehr Qualität im Unterricht dank kleinerer Klassen (Klassengrösseninitiative)» entschieden ab.

Wir sind der Überzeugung, dass die durch die Initiative verursachten Mehrkosten in keinem Verhältnis zur angenommenen Qualitätssteigerung stehen. Heute gilt ein Richtwert von 25 Schüler/-innen für die obere Klassengrösse. Im Falle einer Umsetzung dieser Initiative – welche eine starre Obergrenze von maximal 20 Schülern pro Klasse fordert – müssten auf allen Stufen erheblich mehr Klassen gebildet

werden, was zu Personalmehrkosten von rund CHF 120 Mio. jährlich führt. Zudem hätte es für die Schulgemeinden auch im Bereich der Schulraum- und basierend darauf auf die Investitionsplanung, sowie allenfalls für den Schultransport massive Auswirkungen.

Die Initiative könnte zu spürbaren Steuerfusserhöhungen führen, welche dazu führen, dass der Kanton auch zusätzliche Mittel für den Finanzausgleich benötigt. Entsprechend würde auch der Kantonshaushalt nicht nur von seinem 20%-Anteil am Personalaufwand belastet werden.

Mit dem Gegenvorschlag wird den Schulen die Möglichkeit gegeben,

mit gezieltem Ressourceneinsatz eine Verbesserung der Unterrichtsqualität zu erzielen. Qualität in der Volksschule ist nicht nur eine Frage der Klassengrösse, sondern vor allem auch einer der Zusammensetzung sowie der Qualität des Lehrkörpers.

Die CVP hat sich bei der Ausarbeitung dieses Gegenvorschlags dafür eingesetzt, dass die Schulgemeinden vor Ort bei entsprechender Konstellationen wie zum Beispiel auch eine schwierige Klassenzusammensetzung, Personalprobleme usw. zusätzliche Ressourcen einsetzen zu können.

Mit dem Gegenvorschlag wird den Schulen die Möglichkeit gegeben, mit gezieltem Ressourceneinsatz eine Verbesserung der Unterrichtsqualität zu erzielen.

Die nun im Gegenvorschlag aufgeführte Gesetzesänderung führt dazu, dass belastenden Klassensituationen entgegengewirkt werden kann. Vor Ort, wo es wirklich notwendig ist und nicht giesskannenmässig. Die dafür zu erwartenden Kosten liegen bei CHF 3 Mio. für den Kanton und bei CHF 12 Mio. bei den Gemeinden.

Die CVP ist überzeugt, dass sich dieser Mitteleinsatz für die Volksschule lohnt.

*Corinne Thomet,
Kantonsrätin, Mitglied KBIK
(Kommission f. Bildung & Kultur)*



Vorfinanzierung Stadelhofen unnötig



Die Volksinitiative «Bahnhof Stadelhofen: pünktlich und zuverlässig» will vom Regierungsrat eine «Kredit schaffende Vorlage zur baulichen Erweiterung der Gleisanlagen des Bahnhofs und der zugehörigen Tunnelstrecken». Einmal mehr eine Initiative,

bei der man im ersten Moment denkt: Super Sache! Wer von uns war nicht schon von Störungen der SBB im Raum Stadelhofen betroffen. Der Bahnhof Stadelhofen ist einer der meist frequentierten Bahnhöfe der Schweiz und ein eigentliches Nadelöhr zwischen Zürich, dem rechten Seeufer, Uster, dem Zürcher Oberland und Winterthur. Der Ausbau Stadelhofen mit einem vierten, unterirdischen Gleis mit Anschluss Richtung Stettbach ist wichtig und dringlich. Ebenso sieht das Projekt einen zweiten Riesbach Tunnel nach Tiefenbrunnen vor.

Die Initiative ist aber unbedingt abzulehnen, denn sie ist unnötig und sendet ein falsches Zeichen nach Bern. Der Ausbau Stadelhofen ist

unbestritten und für die Finanzierung ist seit der Zustimmung des Volkes zur FABI-Vorlage (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) vom 9. Februar ganz klar der Bund zuständig. Die Initianten denken, dank einer Vorfinanzierung gehe es schneller – im Gegenteil. Der Kanton Zürich zahlt künftig jährlich 117 Millionen Franken in den Bahninfrastrukturfond. Deshalb wird der Regierungsrat in Bern Ansprüche bezüglich Stadelhofen stellen und er hat dies bereits getan. Das Projekt ist in der ersten Tranche der FABI-Projekte enthalten, die bis 2030 realisiert werden sollen. Das Bundesamt für Verkehr (BAV) wurde beauftragt, die Planung an die Hand zu nehmen.

«Alle Signale stehen auf grün», hat Regierungsrat Stocker versichert. Also Ja zum Ausbau des Bahnhofs Stadelhofen, aber Nein zur Volksinitiative am 30. November. Sonst zahlen wir Zürcher am Ende die rund 470–670 Millionen Franken selber, die das Projekt kosten wird.

*Yvonne Bürgin,
Kantonsrätin*



Abstimmungsparolen vom 30.11.2014

Eidgenössische Vorlagen

Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative)»
CVP-Frauen Kanton Zürich **Nein**
CVP Kanton Zürich **Nein**

Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)»
CVP-Frauen Kanton Zürich **Nein**
CVP Kanton Zürich **Nein**

Initiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen
CVP-Frauen Kanton Zürich **Nein**
CVP Kanton Zürich **Nein**

Kantonale Vorlagen

Bahnhof Stadelhofen: pünktlich und zuverlässig
CVP-Frauen Kanton Zürich **Nein**
CVP Kanton Zürich **Nein**

Mehr Qualität im Unterricht dank kleinerer Klassen (Klassengrössen-Initiative)
CVP-Frauen Kanton Zürich **Nein**
CVP Kanton Zürich **Nein**

Gegenvorschlag zur Klassengrössen-Initiative (LPG)
CVP-Frauen Kanton Zürich **Ja**
CVP Kanton Zürich **Ja**

Beschluss des Kantonsrates über einen Staatsbeitrag an den Bau der Tramverbindung Hardbrücke in Zürich-West
CVP-Frauen Kanton Zürich **Ja**
CVP Kanton Zürich **Ja**

Silvia Steiner, was wir von ihr erwarten können

ju/ Die CVP-Frauen Kanton Zürich durften die Regierungsratskandidatin der CVP Silvia Steiner bereits an zwei Veranstaltungen persönlich begrüßen und kennenlernen. Beide Male überzeugte Sie die Anwesenden mit Ihrer beeindruckenden Fachkompetenz, Ihrer hohen Authentizität und Ihrer unkomplizierten Art. Für uns hat sie zu aktuellen und für die CVP-Frauen relevanten Themen Stellung bezogen. Lesen Sie hier, was wir von Silvia Steiner als Regierungsrätin erwarten dürften.

Familienpolitik: Wie sollte man Familien mit Kindern, aber auch mit zu pflegenden Angehörigen unterstützen?

Bei der Familienpolitik ist es mir sehr wichtig, den Familien ihre Entscheidungsfreiheiten zu lassen. Selbstverständlich bin ich dafür, Rahmenbedingungen für die Fremdbetreuung von Kindern berufstätiger Eltern zu schaffen. Es ist mir aber wichtig, dass der wertvolle Beitrag derjenigen Familien, die ihre Kinder selber betreuen, Wertschätzung erfährt. Bezüglich der Pflege von Angehörigen bin ich fast etwas befangen. Ich bin ausgesprochen glücklich, dass mein pflegebedürftiger Vater zu Hause sein kann. Dies ist allerdings nur möglich, weil meine Mutter noch rüstig ist und für ihn schaut. Die pflegenden Angehörigen verdienen unseren grössten Respekt. Ihr Beitrag hilft nicht nur Kosten zu sparen, sondern ermöglicht auch ein würdiges und selbstbestimmtes Leben im Alter.

Fachkräftemangel:

Wo besteht Handlungsspielraum als Regierungsrätin?

Der Fachkräftemangel ist ein Dauerbrenner. In irgendeinem Bereich fehlen immer Fachkräfte. Vor ein paar Jahren waren das noch Informatiker. Die Wirtschaft versucht derzeit gut ausgebildete Frauen, die ihre Kinder selbst betreuen, wieder ins Berufsleben

zu integrieren. Das ist zwar ein gangbarer Weg, sollte aber nicht dazu führen, dass der Entscheid einer gutausgebildeten Frau, sich ausschliesslich um ihre Kinder zu kümmern, hinterfragt wird.



Bildung: Lehrplan 21, top oder Flop?

Diese Frage wird man erst genau beantworten können, wenn die überarbeitete Fassung des Lehrplans 21 vorliegt. Ich bin überzeugt davon, dass der anspruchsvolle Lehrplan eine Chance bildet. Kreative Lehrer werden trotz grosser Dichte und hohen Lernzielen, über die notwendigen Spielräume verfügen, den Lehrplan auf ihre jeweiligen Schüler angepasst umzusetzen.

Finanzen: Wo soll gespart werden, wo nicht?

Die Finanzlage im Kanton Zürich ist angespannt. Wir müssen unseren finanziellen Ressourcen Sorge tragen. Dennoch soll der öffentliche Haushalt weder kaputt gespart noch weiter ausgedehnt werden. Die laufenden, wiederkehrenden Ausgaben sollen durch laufende Einnahmen gedeckt werden. Dennoch müssen wir uns bewusst sein, dass die qualitativ hochstehenden staatlichen Dienstleistungen

ihren Preis haben. Sparpotential sehe ich vor allem darin, Synergien konsequent zu nutzen. Dazu müsste aber gerade im Regierungsrat vermehrt vernetzt und directionsübergreifend gearbeitet werden. Überschneidungen oder doppelt geführte Dienstleistungsbetriebe sind grundsätzlich abzuschaffen. Dort gibt es auch noch Sparpotential.

Verkehr: ÖV kontra individual Verkehr?

Auch in diesem Bereich müssen wir uns bewusst sein, dass wir ausgesprochen gute Lösungen im öffentlichen Verkehr haben. Diese hohe Mobilität hat ihren Preis. Der eingeschlagene Weg sollte m.E. konsequent weitergegangen werden. Er ist auch die Lösung.

Recht: Strafrecht für Jugendliche verschärfen oder mehr auf Prävention setzen?

Die Kriminalitätsrate gerade im Jugendstrafbereich ist rückläufig. Natürlich gibt es immer wieder extreme Einzelfälle, die in der Öffentlichkeit zu Diskussionen führen. Die Ausrichtung des Jugendstrafrechtes auf Erziehung zu Resozialisierung hat sich aber grundsätzlich bewährt.

Der guten Sicherheitslage in unserem Kanton sollte Sorge getragen werden. Deshalb sollen die Strafverfolgungsbehörden weiter directionsübergreifend und aufeinander abgestimmt arbeiten, ihre Ressourcen bündeln und gemeinsame Schwerpunkte bei der Verbrechensbekämpfung bilden. Dabei soll nicht nur auf Anzeigen reagiert werden, sondern auch kriminelle Gruppierungen gezielt ermittelt werden. Prävention darf nicht ausschliesslich durch sichtbare Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum erfolgen. Die Behörden müssen sich auch intensiv zielgerichteter Ermittlungstätigkeit, der sog. Holkriminalität widmen.

Babettes Brief aus Bern



«Wirtschaft und Gesellschaft sind gefordert, denn brachliegendes Frauenpotential soll durch bessere Wiedereinstiegschancen genutzt werden.»

Babette Sigg Frank

Wir waren zu sechst. Und wir alle leiteten mit Freude und Engagement als Lehrmeisterinnen, aber auch als Unternehmerinnen unsere Ateliers an der Frauenfachschule in Zürich, wo wir mit Hilfe der insgesamt 120 Lehrtöchter die textilen Wünsche und Träume unserer Kundinnen professionell umsetzten. Eines schönen Tages – keine konnte sich erinnern, warum – kamen wir auf unsere Löhne zu sprechen. Und siehe da: wir verdienten alle unterschiedlich viel. Und zwar auf nicht nachvollziehbare Weise: weder Alter noch Anciennität, auch nicht Fort- und Weiterbildung schienen lohnwirksam zu sein. Da waren Gespräche vonnöten! Die Quintessenz war, dass es unter den damaligen Gegebenheiten unmöglich war, die tieferen Löhne anzuheben – dass man die höheren gekürzt hätte, war ebenfalls keine Option. Nun denn, wir schickten uns drein. Dann kam Richard, der sich elegant und à la française «Rischaaar» nannte. Rischaaar übernahm ein weiteres Atelier und, was bei uns Frauen nicht möglich gewesen war, er durfte Teilzeit arbeiten. Ja, genau, keine von uns war Mutter mit aufsichtspflichtigen Kindern, entweder waren diese schon fast erwachsen oder nicht vorhanden. Völlig aufgebracht reagierten wir allerdings, als wir durch eine Indiskretion erfuhren, dass Rischaaar mit seinem Teilzeitpensum weit mehr verdiente als unsere bestverdienende, vollangestellte Atelierleiterin! Das ist fast zwanzig Jahre her. Diese Lohngleichheitsdiskussionen haben wir zum Glück hinter uns. Der Verfassungsgrundsatz «gleicher Lohn für gleiche Arbeit» ist nun endlich flächendeckend umgesetzt. Nicht nur in staatlichen Betrieben, sondern auch in allen Unternehmen ist es heute selbstverständlich, dass Frauenlöhne nicht mehr tiefer als die ihrer Kollegen sind. Die Verantwortlichen haben eingesehen, dass es bei weitem einfacher ist, freiwillig diesen

Schritt zu machen, als auf staatlichen Druck reagieren zu müssen. Dazu wurden sie vom Gewerbeverband, dem grössten Dachverband der KMU, tatkräftig unterstützt. Eine breite Allianz von bürgerlichen Frauenparteien forderte wie die Sozialdemokratinnen die Lohngleichheit seit Jahrzehnten, sie konnte im Parlament schliesslich auch die Fraktionen überzeugen. Der Druck, dem die Unternehmen ausgesetzt waren, forcierte den Vollzug. Und heute dürfen wir uns über die Lohngleichheit freuen, dürfen hinter dieses jahrzehntelang diskutierte Thema endlich ein Häklein machen. Erledigt!

Schön wär's! Die Realität sieht nämlich leider noch ganz anders aus. Es ist enttäuschend, dass sich kaum eines der vielen Unternehmen freiwillig auf die Diskussion einliess, noch viel weniger entsprechende Massnahmen ergriff. Die Lohngleichheitsforderung wird nach wie vor von vielen wie eine lästige Fliege behandelt, die man mit Handwedeln verscheucht. Es muss aber in aller Deutlichkeit gesagt sein: bei Lohngleichheit handelt es sich nicht um eine Goodwill-Aktion den Frauen gegenüber, sondern um die Einhaltung eines Verfassungsgrundsatzes! Frauen über den Lohn zu diskriminieren ist kein Kavaliersdelikt. Die letzten fünf Jahre haben klar gezeigt, dass Wirtschaft und Verbände nicht bereit sind, transparent darzulegen, wo es hapert. Jetzt braucht es mehr als politischen Druck, um Firmen und Unternehmen auf den richtigen Weg zu bringen. Bundesrätin Simonetta Sommaruga hat dieser Tage Massnahmen vorgestellt, die von ihrem Departement nun ausgearbeitet werden. Ich unterstütze dieses Vorgehen voll und ganz, gerade auch als bürgerliche Frauen-Vertreterin. Denn jetzt ist definitiv fertig lustig!

Herzlich Ihre
Babette Sigg
Präsidentin CVP-Frauen Schweiz

Jahresrückblick Präsidentinnen anlässlich der GV 2014

Mit einem lachenden und einem weinenden Auge verabschieden wir uns heute von unserem Amt als Co-Präsidentinnen, aber nicht von den CVP-Frauen. Wir werden weiterhin dabei sein und das neue Co-Präsidium unterstützen. Wir freuen uns, Ihnen unter dem Traktandum Wahlen Karin Geser als einen Teil des neuen CO-Präsidiums zur Wahl vorzuschlagen. Den zweiten Teil gilt es in den nächsten Monaten noch zu finden. An dieser Stelle ein grosser Dank an unsere Vizepräsidentin Brigitta Kreuzer-Seiler, die sich bereit erklärt hat, diese Vakanz bis im nächsten Frühling abzudecken.

Wir freuen uns ganz besonders darüber, an unserer letzten GV eine CVP Regierungsratskandidatin vorstellen zu dürfen. Mit Silvia Steiner haben wir aber nicht irgendeine Frau als Kandidatin, nur weil sie eine Frau ist. Dagegen hätte sie sich wahrscheinlich mit Händen und Füssen gewehrt, denn sie wollte nie einen «Frauenbonus». Als langjährige Staatsanwältin, Kantonsrätin und nicht zuletzt Familienfrau hat sie das Zeug zur Regierungsrätin, sie ist kompetent, stark, und hat trotzdem das Gehör für die Schwachen nicht verloren.

Ein Höhepunkt des vergangenen Vereinsjahres ist bestimmt das Nein zur SVP Familieninitiative. Entgegen der Parteileitung haben sich die CVP-Frauen für dieses Nein stark gemacht und konnten sich an der DV der CVP Schweiz in Tenero durchsetzen. Wir dürfen bestimmt sagen, dass die Zürcher CVP-Frauen dabei federführend waren. Nun folgen aber bald unsere eigenen Initiativen für die Familien, und wir bitten Sie alle, gemeinsam für den Erfolg der beiden CVP Familieninitiativen zu kämpfen.

Im Februar wagten wir uns an eine politische Veranstaltung. In Zusammenarbeit mit der Zürcher Frauenzentrale konnten wir dabei

einen kleinen Erfolg verzeichnen, denn wir hatten immerhin ca. 30 Zuhörerinnen und Zuhörer, auch von anderen oder gar keinen Parteien, welche uns besuchten. Silvia Steiner sass gemeinsam mit Valentin Landmann, Stadtratskandidatin Nina Fehr und Ethikerin Beatrice Bowald auf dem Podium. Frauenzentrale-Präsidentin Andrea Gisler moderierte das Gespräch zum Umgang der Politik mit Prostitution, ein in Zürich sehr aktuelles Thema. Der diesjährige Mitgliederanlass war durchaus auch ein Erfolg. Vorstandsmitglied Elsy Moser organisierte zusammen mit Vizepräsidentin Brigitta Kreuzer-Seiler einen Besuch im Zürcher Kriminalmuseum, wo es viel zu staunen, nachdenken, gruseln und manchmal sogar zum lachen gab.

Das Frau Aktiv brachten wir wiederum 4x pünktlich zu den Abstimmungsterminen heraus. Unser Heft erfreut sich nach wie vor einer treuen Leserschaft. Allerdings erhalten wir stetig einige wenige Abmeldungen von Leserinnen, welche sich zu alt fühlen, um das Frau Aktiv weiter

zu abonnieren. Der Nachwuchs ist zu gering, um die Abonnementzahl aufrecht zu erhalten. Dies wird wohl die grösste Herausforderung der Zürcher CVP-Frauen – Junge und ältere Frauen und Männer zu Mitgliedern oder Abonnenten zu machen.

Wohl etwas unauffälliger, aber auch zu beachten ist unser gemeinsames Schaffen im Hintergrund. Wir sind in verschiedensten Gremien sehr aktiv dabei und vertreten dort die Positionen der CVP-Frauen, wir dürfen wohl sagen, mit immer mehr Gewicht.

Die Rechnung 2013/2014 schliesst auch dieses Jahr mit einem Gewinn ab, was uns natürlich sehr freut.

Nun möchten wir uns von ganzem Herzen für Ihren Support und Ihr Vertrauen in den letzten 5 Jahren bedanken. Es war eine tolle Zeit mit Ihnen. Wir freuen uns auf Karin Geser und hoffen, bald eine Co-Präsidentin für sie gefunden zu haben.

*Karin Mändli Lerch &
Jeannette Vogt*



Agenda – Dezember bis Februar

		Veranstalter
November	22.	Bildungstagung AG Bildung CVP Kt. ZH
Dezember	9.	Forum Politique Suisse Bern, nähere Infos siehe www.cvp.ch , Veranstaltungen CVP Schweiz
	10.	Vorstandssitzung/Jahresschlussitzung CVP-Frauen Kanton Zürich 19.30 Uhr im Generalsekretariat, Alfred Escherstrasse 6, 8002 Zürich CVP-Frauen Kt. ZH
Januar	15.	frauen für führungspositionen fff – Kongress ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften Details unter: www.swonet.ch
	24.	Delegiertenversammlung CVP Schweiz Genf, nähere Infos siehe www.cvp.ch , Veranstaltungen CVP Schweiz

Wichtige Frauenvereinigungen www.cvp-frauen-zuerich.ch www.cvp-frauen.ch
www.frauenzentrale.ch/zuerich www.fraueninfo.ch www.alliancef.ch
www.grossmuetter.ch www.sefu.ch www.marchemondiale.ch www.womensbusiness.ch
www.bpw-zuerich.ch www.swonet.ch

Herausgeberin CVP-Frauen Kanton Zürich, Alfred Escher-Strasse 6, 8002 Zürich,
www.cvp-frauen-zuerich.ch

Redaktion *kg.* Karin Geser

Redaktionsadresse Karin Geser, Rosenbergstrasse 16, 8630 Rüti

Auflage 300 Ex. – erscheint 4x jährlich

Jahresabonnement CHF 30.–, mit Mitgliedschaft CHF 55.– (PC 80-22207-02)